



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte

Länderportrait Pakistan



Quelle: CIA World Factbook

Letzte Aktualisierung: Dezember 2011
Zusammengestellt von: Marc von Boemcken

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG	3
2	GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	6
2.1	Deutsche Rüstungsexporte nach Pakistan	6
2.2	Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	7
2.3	Militärausgaben Pakistans	9
2.4	Lokale Rüstungsindustrie	10
2.5	Streitkräftestruktur	11
2.6	Bewaffnung der Streitkräfte.....	12
2.7	Rolle des Militärs in der Gesellschaft.....	16
2.8	Polizei und andere Sicherheitskräfte.....	17
3	INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX	19
3.1	Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Pakistan.....	19
3.2	Achtung der Menschenrechte im Empfängerland.....	20
3.3	Innere Lage im Empfängerland.....	22
3.4	Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	24
3.5	Bedrohung von Alliierten.....	26
3.6	Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	27
3.7	Unerlaubte Wiederausfuhr	28
3.8	Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes.....	29

1 ZUSAMMENFASSUNG

Der militärische Sektor in Pakistan

Wie in vielen anderen asiatischen Staaten, ist auch in Pakistan die Mischung aus westlichen und östlichen Waffensystemen besonders auffällig. Größter Rüstungslieferant Pakistans in den Jahren 1995-2002 war die Ukraine. In den Jahren 2001-2005 hat dagegen Russland eine bei weitem wichtigere Position als Rüstungslieferant eingenommen. Auch deutsche Rüstungsexporte nach Pakistan sind in den Jahren 2004 bis 2007 stark gestiegen und anschließend nur leicht gefallen; nach Angaben der Bundesregierung war Pakistan 2005 der viertwichtigste Abnehmer deutscher Rüstungsgüter außerhalb der NATO, gemessen an den Genehmigungen nach Außenwirtschaftsgesetz. Ein traditionell wichtiger Lieferant ist die Volksrepublik China. Vor allem während des verschärften US-amerikanischen Sanktionsregimes in den frühen 1990er Jahren spielten chinesische Waffenlieferungen eine entscheidende Rolle, um den hohen Rüstungsbedarf der pakistanischen Streitkräfte weiterhin zu decken. Die US-Sanktionen wurden jedoch bereits 1995 von der Clinton Regierung ausgesetzt. Mit der Aufhebung der letzten amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen Pakistan im März 2003 und ersten Erfolgen bei der Bekämpfung von Terroristen, versprach die damalige US-Regierung ein drei Milliarden US-Dollar Paket an Entwicklungs- und Sicherheitshilfe für Pakistan. Insgesamt haben US-amerikanische Lieferungen in den letzten Jahren zugenommen, da Pakistan als wichtiger Verbündeter im „Kampf gegen den Terror“ umfassende militärische Unterstützung von den USA zur Terrorismusbekämpfung im eigenen Land erhält. Neben den Vereinigten Staaten hat sich vor allem Frankreich als ein weiterer wichtiger westlicher Zulieferer von Waffensystemen hervorgetan.

Erklärtes Ziel der pakistanischen Verteidigungspolitik ist es, sich von unsicheren Rüstungsexporten über See- und Landverbindungen unabhängig zu machen. Der älteste Rüstungsproduzent Pakistans, die „Pakistan Ordnance Factory“ (POF) bei Rawalpindi wurde bereits 1951 gegründet. Sie produziert mit Lizenz von Heckler & Koch Kleinwaffen sowie Munition und Explosivstoffe, darunter auch Landminen. Kampfpanzer und gepanzerte Fahrzeuge werden von „Heavy Industries Taxila“ (HIT) hergestellt. Die derzeit ehrgeizigsten Rüstungsvorhaben sind auf dem Marinesektor zu finden. Hier hat über die letzten Jahre eine Vielzahl geschickter Technologietransfers die Marinewerft in Karachi dazu befähigt, moderne U-Boote, Patrouillenschiffe und Minenräumer herzustellen. Pakistan hatte bereits in den frühen 1970er Jahren mit seinem ehrgeizigen Atomwaffenprogramm begonnen. Die von den 40km südlich von Islamabad gelegenen *Khan Research Laboratories* vorangetriebene Entwicklung der „islamischen Bombe“ befähigte Pakistan schließlich dazu, als erstes muslimisches Land nukleare Sprengsätze herzustellen.

Pakistan besitzt eine der größten Armeen der Welt. Die Soldaten sind im Allgemeinen gut ausgebildet und diszipliniert. Inzwischen drohen viele der konventionellen Waffensysteme Pakistans jedoch zu veralten, weshalb nicht-konventionelle, strategische Waffen für die pakistanische Militär- und Verteidigungsdoktrin an Bedeutung gewinnen. Als ehemalige Kolonialarmee ist das Heer noch immer nach britischem Vorbild strukturiert. Im Falle einer Mobilisierung der Reservisten können bis zu eine Million Soldaten aufgestellt werden. Pakistan besitzt zwar weniger schwere Waffen als sein indischer Nachbar, im Allgemeinen sind die Waffensysteme, vor allem die Kampfpanzer, aber besser gewartet.

Die U-Boot-Flotte genießt eine ausgesprochen hohe Priorität in der pakistanischen Marine. Ähnlich der bestellten chinesischen Fregatten, involviert auch diese Anschaffung einen wichtigen Technologietransfer. Während das erste Boot noch in Frankreich gebaut wurde, einigte man sich das zweite Boot mit französischen Bauteilen und Werfthilfe in Pakistan selbst zusammensetzen. Das dritte U-Boot wurde schließlich vollständig in Pakistan produziert. Berichten zufolge denkt Pakistan bereits darüber nach, mit dem gewonnenen Know-how weitere Boote zu Exportzwecken herzustellen, und befindet sich bereits in entsprechenden Verhandlungen mit drei asiatischen Ländern. Im August 2010 wurde die Übergabe der USS

McInerney an die pakistanische Marine vereinbart. Die Fregatte wird zuvor in den USA überholt und soll im Laufe des Jahres 2011 ausgeliefert werden.

Von allen Teilstreitkräften ist die pakistanische Luftwaffe – vor allem im Vergleich zu der Stärke der indischen Luftwaffe – wohl qualitativ am schwächsten. Die *Mirage* Bomber sind größtenteils veraltet und es wurde deshalb eine Aufstockung der Luftwaffe durch die US-amerikanischen F-16-Jäger, die auch nukleare Sprengköpfe abfeuern können, vereinbart. Im Juni 2010 lieferten die USA die ersten drei der 18 F-16 Jagdbombern im Rahmen des US Foreign Military Sales (FMS) Programms. Außerdem genehmigten die USA den Verkauf von 20 instandgesetzten T-37 Ausbildungsflugzeugen, so wie einer nicht weiter benannten Zahl von AH-1F *Cobra* Angriffshubschraubern.

Das Nationalbewusstsein Pakistans definiert sich fast ausschließlich über die herausragende Rolle der Streitkräfte, vor allem des Heeres, in der Gesellschaft. Seit der Unabhängigkeit bildet das aus Teilen der *British Indian Army* entstandene Militär die kohäsivste nationale Gruppe. In der Tat ist erst durch die Streitkräfte vorangetrieben worden, dass sich der Gedanke vom „Islamischen Staat Pakistan“, dessen *raison d'être* einer kontinuierlichen Praktik der Differenzierung vom hinduistischen und säkularen Indien bedarf, manifestierte. Die durch die notwendige Wahrnehmung einer externen Bedrohung konstituierte Macht des pakistanischen Militärs hat ganz entscheidende Folgen für den pakistanischen Staat an sich, insbesondere für seine interne, zwischen Demokratie und Militärdiktatur oszillierende Regierungsform. Bei fast jeder größeren Krise einer demokratisch gewählten Regierung intervenierte bisher das Militär. Dies hatte zur Folge, dass Pakistan für mehr als die Hälfte seiner Geschichte nicht von gewählten Volksvertretern, sondern von Generälen regiert wurde. Demokratische Institutionen und Strukturen konnten sich im Schatten des allmächtigen Streitkräfteapparates nur sehr bedingt etablieren. Meist scheinen sie vom Militär lediglich geduldet, nicht aber respektiert zu sein. Doch nicht nur gesellschaftlich und politisch, sondern auch wirtschaftlich ist das Militär von großer Bedeutung. Es ist die wichtigste Wirtschaftsmacht des Landes und hat mittlerweile ein undurchsichtiges Firmenimperium aufgebaut. Aktive und pensionierte Offiziere finden sich in Führungspositionen wieder und erhalten oftmals hohe Subventionen.

Kriterien des EU-Verhaltenskodex

Pakistan ist einer Reihe von wichtigen Abrüstungsabkommen nicht beigetreten. Dies kann vor allem auf das in Pakistan vorherrschende Gefühl der eigenen Unsicherheit, bezüglich des vom indischen Nachbarn ausgehenden Bedrohungspotenzials zurückgeführt werden. Durch die Nicht-Mitgliedschaft im Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT) gilt Pakistan, genauso wie Indien und Israel, als inoffizielle Atommacht. Pakistan hat einige wichtige VN-Menschenrechtsabkommen zwar unterzeichnet, nicht aber ratifiziert. Obwohl die Verfassung umfangreiche Bestimmungen zum Schutz von Menschenrechten enthält, gilt die Situation in Pakistan als schwierig. Zu den positiven Entwicklungen gehören die Abschaffung der Todesstrafe von Minderjährigen, ihre neuerdings separate Inhaftierung und die in der Politik eingeführte Frauenquote. Besorgniserregend sind vor allem der hohe Grad an Korruption innerhalb des Justiz- und Polizeisystems sowie die weite Verbreitung von Kinderarbeit und die Situation von Frauen im Land.

In Pakistan gibt es einen internen Konflikt zwischen untereinander konkurrierenden Autonomieforderungen verschiedener ethnischer Gruppen einerseits und der Idee einer zentral-organisierten nationalen Einheit des Landes andererseits. Die daraus resultierende politische und ökonomische Benachteiligung von Minderheiten entlädt sich immer wieder in Phasen offener Auseinandersetzungen. Verschlimmert wird die Situation durch die weite Verbreitung von Kleinwaffen, die meist über die Grenze zu Afghanistan ins Land gelangen. Der Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung in vielen von der Drogen- und Waffenmafia kontrollierten Teilen der Stadt ist ein Indiz für die häufige Ohnmacht des Staatsapparates in den äußeren Provinzen des Landes. Die vom ehemaligen Präsidenten Musharraf nach den Ereignissen des 11. September 2001 initiierte Annäherung Pakistans an die Vereinigten Staaten führte in vielen Teilen des Landes zu einer erheblichen Radikalisierung militanter Islamistengruppen und einer weiten Verbreitung terroristischer Akte. Im Jahr 2008 kam es zu

Über 500 terroristischen Anschlägen unterschiedlichen Ausmaßes. Als Reaktion auf das 2007 verübte Attentat auf Benazir Bhutto drohte Pakistan in einem bürgerkriegsähnlichen Zustand zu versinken. Besonders der bewaffnete Konflikt zwischen der neugeformten Rebellen Koalition Tehrik-i-Taliban Pakistan und pakistanischen Regierungstruppen löste Besorgnis aus. Nach wie vor gilt Pakistan als Rückzugsgebiet der Taliban und für ihr Widererstarken wird zu einem Großteil die pakistanische Unfähigkeit/ der Unwille zur entschlossenen Bekämpfung der Taliban im Inland verantwortlich gemacht. Bis zu den Anschlägen vom 11. September 2001 war Pakistan eins der wenigen Länder, das diplomatische Beziehungen zum Taliban-Regime in Afghanistan unterhielt. Neben einem starken wirtschaftlichen Interesse an Afghanistan, ist Pakistan vor allem wegen der engen Stammesverflechtungen im Grenzgebiet von Bedeutung.

Die Lage in Südasien gilt wegen den andauernden Spannungen zwischen Pakistan und Indien, die beide als inoffizielle Atomkräfte gelten, als unsicher. Seit der Teilung des Subkontinents im Jahr 1947 ist der Kaschmir-Konflikt das zentrale Problem in den Beziehungen zwischen Pakistan und Indien. Zusätzlich verschärft wird die gesamte Sicherheitslage der Region durch die weiterhin instabile Situation in Afghanistan.

Die formal existierenden Gesetze zu Waffenexportkontrollen in Pakistan geben theoretisch keinen Grund zur Kritik. Dennoch war Pakistan in der Vergangenheit in den Fokus des Interesses gerückt, nachdem bekannt wurde, dass der führende pakistanische Nuklearforscher und „Vater der pakistanischen (islamischen) Bombe“ Abdul Qadeer Khan Kopf eines internationalen Netzwerkes war, das illegal Technologien, atomwaffenfähiges Material und Know-how an Staaten wie Iran, Libyen und Nordkorea weitergegeben hat.

Die Gefahr, dass in Pakistan unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist sehr groß. Obwohl die Militärausgaben in den vergangenen Jahren nicht gestiegen sind und die Stärke der Streitkräfte seit mehreren Jahren konstant geblieben ist, ist der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt insgesamt sehr hoch. Angesichts der großen Entwicklungsdefizite des Landes, die nicht nur den Gesundheits- und Bildungsbereich betreffen, sondern auch die Stellung der Frau, den Zugang zu Arbeitsplätzen, die Infrastruktur und die effektive sowie effiziente Regierungsführung, erscheint der hohe Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben als besondere Bürde.

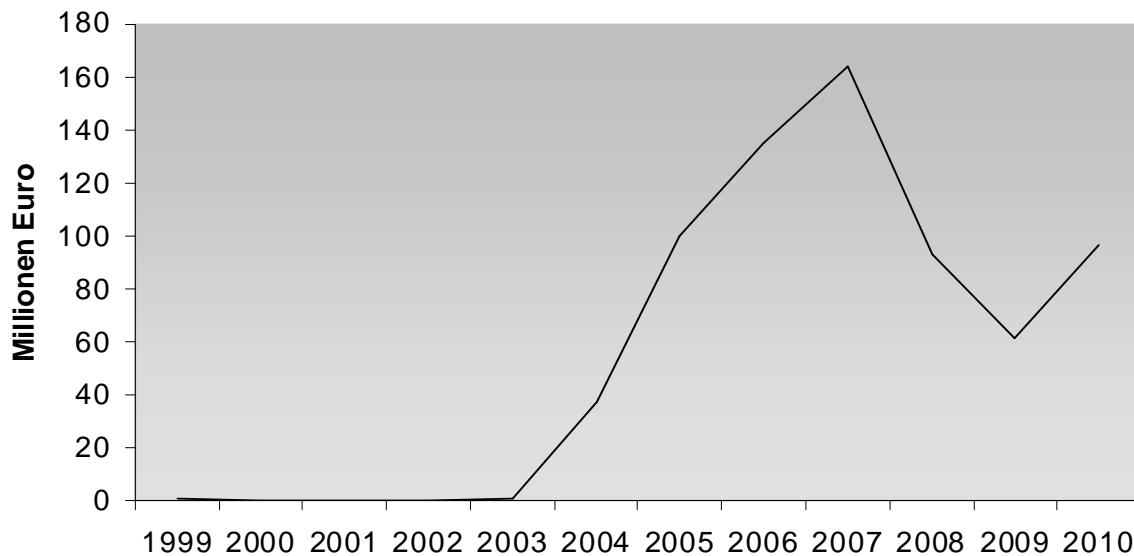
2 GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

2.1 Deutsche Rüstungsexporte nach Pakistan

Tabelle 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2010

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert Rüstungsexporte, Millionen Euro
1999	Teile für elektronische Ausrüstung: 87,2%; Teile für U-Boote: 11,4%	0,76
2000	Splitterschutzhelme und Körperschutzwesten: 74,8%; Revolver und Pistolen: 23,6%	0,0073
2001	Munition für Jagd- und Sportwaffen, inkl. -teile: 55,2%; Teile für Sportpistolen und -revolver: 44,8%	0,0025
2002	Gepanzerte Geländewagen (Personenschutz)	0,23
2003	Ersatzteile für früher aus Deutschland gelieferte Kommunikationsausrüstung und Radaranlagen: 87,1%	0,89
2004	Datenverarbeitungs-ausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Stromversorgungen: 70,5%; Sonaranlagen und Teile für U-Boote: 12,2%; Software für Funkgeräte und HF-Modem: 5,9%	32,73
2005	Torpedos, Ausrüstung für Torpedos und Teile für Torpedos: 61,5%; Torpedo-Schießsimulatoren, Sonarsimulatoren und Teile für Torpedo- Schießsimulatoren: 21,0%;	99,73
2006	LKW und Teile für LKW: 37,5%; Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Mess- und Prüfausrüstung, Stromversorgungen: 26,5%, Luftaufklärungssysteme: 20%	134,71
2007	Torpedos, Flugkörper und Teile für Torpedos, Flugkörper: 44,2%; Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Stromversorgungen: 35,2%; Auswertanlagen für Torpedoübungsanlagen und Teile für Torpedoübungsanlage: 10,2%	163,82
2008	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Radarsysteme, Stromversorgungen: 63,4%; Lkw und Geländewagen mit Sonderschutz: 17,9%	93,28
2009	Kommunikationsausrüstung, Messausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungs-ausrüstung, Navigationsausrüstung, Messausrüstung, Netzumformer: 68,5%; Flugkörper und Teile für Torpedos, Flugkörper: 15,2%	61,65
2010	Flugkörper und Teile für Minenräumsysteme, Flugkörper, Torpedos: 49,3%; Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen: 30,7%; Luftaufklärungssystem: 9,7%	96,68

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2010, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Pakistan, 1999-2010**Tabelle 2: Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Pakistan, 1991-2010**

Anzahl	Bezeichnung	Waffen-Kategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
4	MTU-538	Dieselmotor	(2003)	2006	4	
59	DM-2A4	AS Torpedo	2005	2007-2008	(59)	Für Agosta 90-B U-Boote
(30)	Luna	Drohne	2006	2007-2008	(30)	
4	MTU-4000	Dieselmotor	2006	2007-2008	4	
(250)	M-113	Schützenpanzer	(2007)			Unklarer Status nachdem die deutsche Bundesregierung die Lieferung 2007 gestoppt hat

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

2.2 Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

Tabelle 3: Absolute Höhe der Rüstungsexporte nach Pakistan 2006-2010, Mio. USD

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2006-2010
Summe	275	637	1028	1106	2580	5626

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

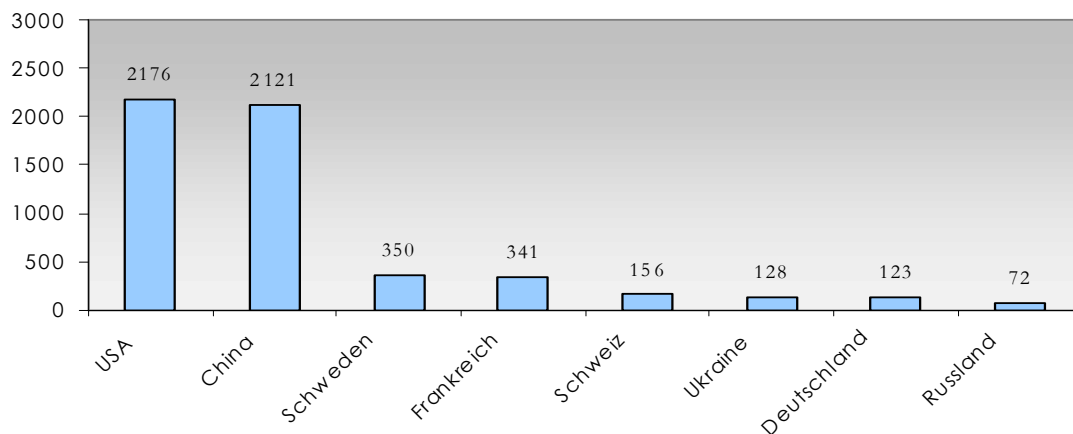
Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4: Deutsche Rüstungsexporte nach Pakistan 2006-2010, Mio. USD

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2006-2010
Summe	4	58	61	-	-	123

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Schaubild 2: Wichtigste Lieferanten von Rüstungsgütern nach Pakistan 2006-2010, Mio. USD

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/values.php

Kommentar:

Laut SIPRI-Datenbank (Stand Mai 2011) nahm Pakistan 2006-2010 die 4. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wie in vielen anderen asiatischen Staaten, ist auch in Pakistan die Mischung aus westlichen und östlichen Waffensystemen besonders auffällig. Größter Rüstungslieferant Pakistans in den Jahren 1995-2002 war die Ukraine, die 1999 insgesamt 320 T-80D Kampfpanzer nach Pakistan exportierte. In den Jahren 2001-2005 hat dagegen Russland eine bei weitem wichtigere Position als Rüstungslieferant eingenommen. Für den Zeitraum 2006-2010 teilen sich Russland und China den Spitzenplatz der Rüstungsexporteure nach Pakistan. Auch deutsche Rüstungsexporte nach Pakistan sind in den Jahren 2004 bis 2007 stark gestiegen und anschließend nur leicht gefallen.

Ein traditionell wichtiger Lieferant ist die Volksrepublik China. Vor allem während des verschärften US-amerikanischen Sanktionsregimes in den frühen 1990er Jahren spielten chinesische Waffenlieferungen eine entscheidende Rolle, um den hohen Rüstungsbedarf der pakistanischen Streitkräfte weiterhin zu decken. Die US-Sanktionen wurden jedoch bereits 1995 von der Clinton Regierung für den Verkauf von US-amerikanischen Rüstungsgütern im Wert von 368 Millionen US-Dollar, darunter *Orion* Marineflugzeuge, Transporthubschrauber sowie *Harpoon* und *AIM-9L* Raketen, ausgesetzt. Mit der Aufhebung der letzten amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen Pakistan im März 2003 und ersten Erfolgen bei der Bekämpfung von Terroristen, versprach die damalige US-Regierung ein drei Milliarden US-Dollar Paket an Entwicklungs- und Sicherheitshilfe für Pakistan. Insgesamt haben US-amerikanische Lieferungen in den letzten Jahren zugenommen und zuletzt die chinesischen Exporte überstiegen, da Pakistan als wichtiger Verbündeter im „Kampf gegen den Terror“ umfassende militärische Unterstützung von den USA zur Terrorismusbekämpfung im eigenen

Land erhält.

Neben den Vereinigten Staaten hat sich vor allem Frankreich, insbesondere durch die Lieferung der modernen *Agosta 90* U-Boote, als ein weiterer wichtiger westlicher Zulieferer von Waffensystemen hervor getan.

2.3 Militärausgaben Pakistans

Tabelle 5: Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

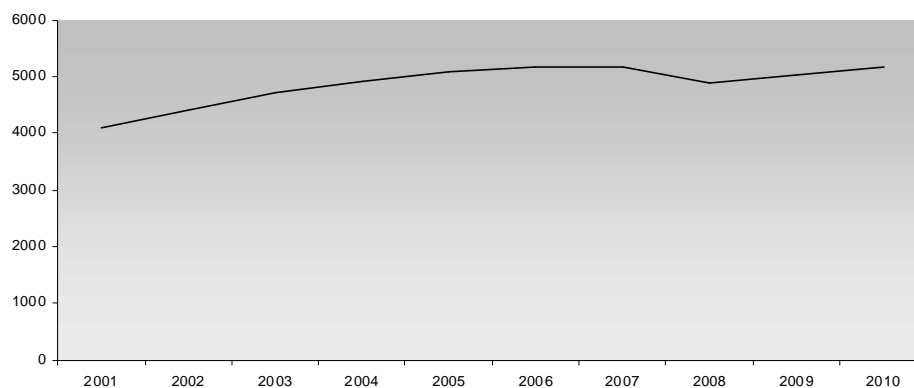
	2006	2007	2008	2009	2010
Militärausgaben	5160	5182	4888	5039	5160
Anteil am BIP (in Prozent)	3,3	3	2,8	2,8	-
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	24,7	21,8	18	18	-

Militärausgaben in constant Mio. US\$ (2009).

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, World Development Indicators

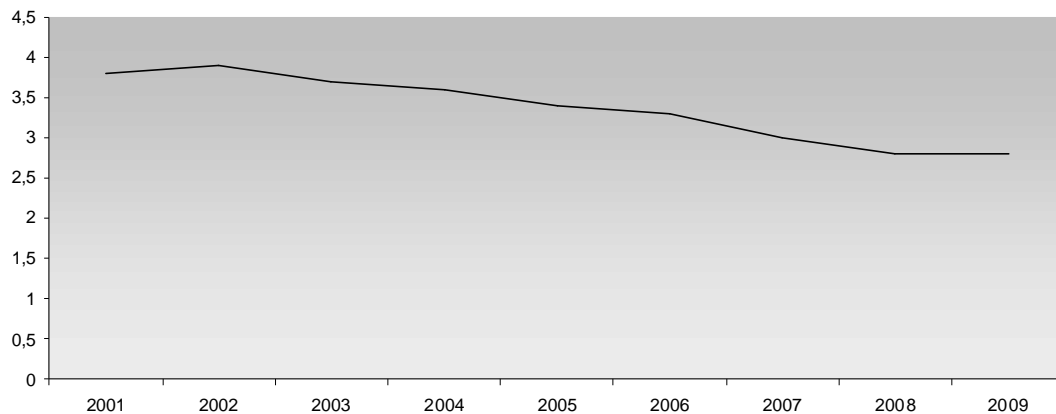
*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3: Absolute Militärausgaben, Trend 2001 – 2010 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2009

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4: Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2001 – 2009 (in Prozent)

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

2.4 Lokale Rüstungsindustrie

Erklärtes Ziel der pakistanischen Verteidigungspolitik ist es, sich von unsicheren Rüstungsexporten über See- und Landverbindungen unabhängig zu machen, umso mehr in der Zeit als sich Pakistan nicht mehr, wie in den frühen Zeiten des Kalten Krieges, auf Waffenlieferungen aus den Vereinigten Staaten verlassen kann. Eigens zu diesem Zweck wurde im September 1991 das *Ministry of Defence Production* geschaffen und mit der Förderung und Koordination einer Reihe von Rüstungsbetrieben beauftragt. Als Pakistan 1947 unabhängig wurde, war seine industrielle Infrastruktur, ganz zu Schweigen von der Rüstungsindustrie, kaum entwickelt. Aufgrund seiner nur beschränkten wirtschaftlichen Kapazitäten erscheint es nach wie vor unwahrscheinlich, dass Pakistan seine ambitionierten rüstungspolitischen Zielsetzungen kurz- bis mittelfristig erreichen wird. Trotzdem sind die seit der Unabhängigkeit gemachten Fortschritte bemerkenswert.

Der älteste Rüstungsproduzent Pakistans, die „Pakistan Ordnance Factory“ (POF) bei Rawalpindi, wurde bereits 1951 gegründet. Mit insgesamt 14 Fabrikanlagen stellt die POF heute den größten rüstungsindustriellen Komplex des Landes dar. Sie produziert mit Lizenz von Heckler & Koch Kleinwaffen der Typen G-3, MG-3 und MP-5, sowie Munition und Explosivstoffe, darunter auch Landminen. Der Bedarf an Kleinwaffen und Munition der pakistanischen Streitkräfte kann somit zu 100 Prozent von der lokalen Rüstungsindustrie gedeckt werden.

Kampfpanzer und gepanzerte Fahrzeuge werden von „Heavy Industries Taxila“ (HIT) hergestellt. 1971 als „Heavy Rebuild Factory“ mit chinesischer Unterstützung gegründet, lag die ursprüngliche Aufgabe in der Kampfwertsteigerung der aus China importierten T-59 Panzer. Nachdem HIT 1992 um wesentliche Produktionskapazitäten erweitert wurde, konnte sie mit chinesischer Lizenz auch T-69 und T-85 Panzer selbstständig herstellen. HIT produziert den mit chinesischer und ukrainischer Unterstützung entwickelten modernen Kampfpanzer MBT 2000 *Al-Khalid*. Mittlerweile wird eine verbesserte Version, der *Al-Khalid I*, getestet. Über die noch weiter entwickelte und neueste Variante, den *Al-Khalid II*, sind bislang wenige Informationen an die Öffentlichkeit gelangt.

Die Entwicklung und Produktion eigener, moderner Militärflugzeuge ist Pakistan allerdings noch nicht möglich. Der „Pakistan Aeronautical Complex“ bei Kamra, nördlich von Islamabad, setzt zwar die Bauteile chinesischer F-7 und französischer *Mirage*-Jäger

zusammen, ist aber nur dazu in der Lage, Trainingsflugzeuge, wie beispielsweise den *Super Mushshak*, völlig eigenständig zu produzieren. Die derzeit ehrgeizigsten Rüstungsvorhaben sind auf dem Marinesektor zu finden. Hier haben über die letzten Jahre eine Vielzahl geschickter Technologietransfers die Marinewerft in Karachi dazu befähigt, moderne U-Boote, Patrouillenschiffe und Minenräumer herzustellen (siehe unten: Marine).

Pakistan hatte bereits in den frühen 1970er Jahren mit seinem ehrgeizigen Atomwaffenprogramm begonnen. Die von den 40km südlich von Islamabad gelegenen *Khan Research Laboratories* vorangetriebene Entwicklung der „islamischen Bombe“ befähigte Pakistan schließlich dazu, als erstes muslimisches Land nukleare Sprengsätze herzustellen. Konservativen Schätzungen zufolge ist Pakistan im Besitz von mindestens 60 Atomsprengköpfen. Durch den 1998 fertig gestellten *Kushab I* Reaktor der jährlich etwa 10 bis 12 Kilogramm atomwaffenfähiges Plutonium herstellen kann, könnte Pakistan theoretisch jedoch über bis zu 100 Atomsprengköpfe verfügen. Mit einem 2010 weiteren in Betrieb genommenen Reaktor können bis zu 22 Kilogramm atomwaffenfähiges Plutonium hergestellt werden. Ein weiterer Reaktor ist bereits fertig gebaut, ein vierter ist in Planung.

Pakistan verfügt außerdem über Kapazitäten, Langstreckenraketen zu produzieren. Dabei sind aber vermutlich nur die von der *Space and Upper Atmosphere Research Commission* (SUPARCO) entwickelten *Hafif-1* bis *Hafif-3* Raketen, die über eine vergleichsweise kurze Reichweite verfügen, völlig eigenständige Produktionen. Die aus den Fabriken der *Pakistan Atomic Energy Commission* (PAEC) stammende *Shaheen*-Serie basiert dagegen augenscheinlich auf chinesischen Modellen. Ebenso ist die in Konkurrenz dazu von den *Khan Research Laboratories* entwickelte *Ghauri* offensichtlich ein Ableger der *No-dong* Rakete, welche Berichten zufolge im Tausch gegen Zentrifugentechnologie aus Nordkorea geliefert wurde.

Das *Ministry of Defense Production* strebt nicht nur an, ein in seinen Rüstungsbedürfnissen weitgehend autarkes Militär zu unterhalten, sondern versucht vor allem auch, eine ansteigende Gewinnmaximierung durch Rüstungsexporte zu gewährleisten. 2003 wurde daher mit großer Resonanz im Ausland die aufwendige Rüstungsmesse *IDEAS 2004* in Pakistan abgehalten. Pakistan exportiert über 200 verschiedene Rüstungsgüter – von Kleinwaffen über Panzer bis zu Raketentechnologie – in mehr als 21 Staaten, darunter Malaysia, Indonesien, Thailand, Bangladesch, die Türkei, Saudi Arabien, Marokko, Libyen, Mauritius, Irak und weitere afrikanische Länder.

2.5 Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Gesamtstärke der Streitkräfte:

617 000 aktiv, davon:

- Heer: 550 000
- Marine: 22 000
- Luftwaffe: 45 000

Zusätzlich:

- Paramilitärische Einheiten: 304 000
 - Grenz-Korps: bis zu 65 000
 - Küstenwache: k. A.
 - Maritime Security Agency : ca. 2 000
 - Nationalgarde: 185 000
 - Northern Light Infantry: ca. 12 000
 - Pakistan Rangers (unterstehen dem Innenministerium): bis zu 40 000

Quelle: IISS Military Balance 2011

Tabelle 6: Stärke der Streitkräfte, Trend 2002-2010

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Aktive in 1.000 (IISS)	620	620	619	619	619	619	617	617	617
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC-Berechnungen)	4,1	4	4	3,9	3,8	3,8	3,7	3,6	3,6

Quellen:

IISS Military Balance, 2003-2011, UN

Kommentar:

Pakistan besitzt die, gemessen an aktuellen Zahlen, siebtgrößte Armee der Welt. Die Soldaten sind im Allgemeinen gut ausgebildet und diszipliniert. Als „Frontstaat“ gegen die Sowjetunion und Verbündeter des Westens während des Kalten Krieges konnte Pakistan seine Streitkräfte mit Waffenlieferungen aus den Vereinigten Staaten ausrüsten. Außerdem besitzt Pakistan traditionell gute Beziehungen zu China, die sich durch die gemeinsame Wahrnehmung Indiens als eine regionale Bedrohung erklären lassen. So konnten in der Vergangenheit erhebliche Mengen an Rüstungsgütern, unabhängig vom westlichen Bündnis, aus China importiert werden. Inzwischen drohen viele der konventionellen Waffensysteme Pakistans jedoch zu veralten. Seit Ende des Kalten Krieges verhinderten vor allem die aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten resultierenden geringen Staatsressourcen sowie verschiedene von den Vereinigten Staaten initiierte Sanktionsregime, in den frühen 1990er Jahren eine umfassende Modernisierung der Streitkräfte. Durch die besondere Rolle Pakistans im „Krieg gegen den Terror“ konnten jedoch einige Waffensysteme mit finanzieller Unterstützung aus den USA modernisiert und ausgebaut werden.

2.6 Bewaffnung der Streitkräfte**Heer:**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	Mehr als 2386	Davon 270 gelagert
Gepanzerte Mannschaftstransporter	1266	
Artillerie	Mehr als 4521	
Panzerabwehr	Mehr als 10500	
Flugzeuge zur Luftraumüberwachung	30	
Transportflugzeuge	4	
Ausbildungsflugzeuge	90	
Kampfhubschrauber	26	
Transporthubschrauber	64	
Mehrzweckhubschrauber	71	
Ausbildungshubschrauber	22	
Drohnen	k. A.	
Luftabwehr	Mehr als 4890	
Radar	k. A.	
Raketen	190	u.a.: <i>Haft-1, Shaheen-1, Ghauri</i>

Kommentar:

Als ehemalige Kolonialarmee ist das Heer noch immer nach britischem Vorbild strukturiert. Im Falle einer Mobilmachung der Reservisten können bis zu 1 Million Soldaten aufgestellt werden. Pakistan besitzt zwar weniger schwere Waffen als sein indischer Nachbar, im Allgemeinen sind die Waffensysteme, vor allem die Kampfpanzer, aber besser gewartet. Trotzdem sieht sich das Heer mit einigen Problemen konfrontiert. So sind zum Beispiel die gepanzerten Fahrzeuge, mit Ausnahme der 320 ukrainischen T-80, hoffnungslos veraltet. Die konventionellen Offensivkapazitäten sind deshalb, auch aufgrund der nur geringen Anzahl an Kampfhubschraubern, äußerst eingeschränkt. Die derzeitige Zusammenarbeit mit China und der Ukraine bei der Produktion des modernen MBT-2000 *Al Khalid* Kampfpanzers soll hier Abhilfe schaffen. In den kommenden Jahren sollen insgesamt 600 dieser Panzer ältere Modelle wie beispielsweise den M-48 ersetzen. Über die jährliche Produktionsrate gibt es unterschiedliche Angaben. Nach einschlägigen Berichten befinden sich derzeit etwa 240 *Al Khalid* Kampfpanzer im Dienst des pakistanischen Heeres.

Aufgrund der mangelhaften konventionellen Fähigkeiten gewinnen nicht-konventionelle, strategische Waffen für die pakistanische Militär- und Verteidigungsdoktrin an Bedeutung. Besaß die in den 1980er Jahren entwickelte Haft-1 Kurzstreckenrakete noch keine nukleare Trägerfähigkeit, konnte aus den 1987 von China gelieferten Komponenten der M-11 Rakete eine entsprechende neue Raketengeneration entwickelt werden, die dazu in der Lage war, Atomsprenkköpfe zu transportieren. Heute besitzt Pakistan zwei Kurzstreckenraketen (Haft-2 und Haft-3) und eine Mittelstreckenrakete (Haft-4), die Atomwaffensprengköpfe transportieren können. Die Ghaznavi (Haft-3) sowie die Shaheen-1 (Haft-4) wurden das letzte Mal im Mai 2010 getestet und vorgeführt. Da Kurzstreckenraketen jedoch nicht in der Lage wären, größere indische Bevölkerungszentren, wie etwa Neu Delhi zu treffen, sind Mittelstreckenraketen für Pakistan von besonderem Interesse. Derartige Raketen, die Pakistan momentan in Dienst hat, sind neben der Shaheen-1, die Ghauri I (Haft-5) und die Shaheen-2 (Haft-6). Mit einer Reichweite von bis zu 2500 Kilometern könnte diese Rakete Ziele in ganz Indien und darüber hinaus treffen. Geheimdiensten zufolge scheint die Ghauri-Technologie jedoch weniger auf der chinesischen M-11 als auf der nordkoreanischen No-dong Rakete zu basieren. Im Februar 2004 hat Pakistans führender Nuklearforscher Abdul Qadeer Khan, auch bekannt als „Vater der pakistanischen Atombombe“, gestanden, zwischen 1986 und 1993 im Tausch gegen Raketentechnologie wichtige Informationen zur Herstellung von Atomwaffen an Nordkorea weitergegeben zu haben. Außerdem arbeitet Pakistan gerade an der Entwicklung von Marschflugkörpern, die Atomsprenkköpfe befördern können. Der Babur (Haft-7) ist in seiner Reichweite von 700 Kilometern auf 1000 erweitert worden, im Dezember 2007 führte Pakistan den vierten Testflug des Marschflugkörpers durch. Er wurde entwickelt um problemlos von U-Booten abgeschossen werden zu können. Im gleichen Jahr war der erste Testflug der Thunder (Haft-8).

Im Jahr 2009 erfolgte die Koproduktion der Falco Drohne zwischen Italien und Pakistan. Die Tests wurden im gleichen Jahr erfolgreich abgeschlossen. Die Produktion im Inland sollte die Importabhängigkeit reduzieren.

Marine:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	8	
Fregatten	9	
Patrouillenboote	10	
Minenboote	3	
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	11	

Marineflieger:

- 7 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr
- 5 Küstenpatrouillenflugzeuge
- 6 Hubschrauber zur U-Boot Abwehr
- 4 Mehrzweckhubschrauber
- Raketen

Kommentar:

Im Zuge US-amerikanischer Sanktionen Anfang der 1990er Jahre musste Pakistan acht von der US Regierung „geleaste“ Schiffe der *Garcia*- und *Brooks*-Klasse wieder zurückgeben. Als Ersatz erwarb Pakistan zwei Fregatten der *Leander*- und sechs Fregatten der *Amazon*-Klasse von Großbritannien. Im April 2005 hat Pakistan darüber hinaus einen lange geplanten Vertrag über die Herstellung und Lieferung von vier chinesischen F-22 Fregatten (*Jiangwei II*-Klasse) abgeschlossen. Im Februar 2010 wurde die zweite Fregatte geliefert, die restlichen zwei sollen bis 2013 folgen, wobei das letzte der Schiffe in Pakistan selbst gebaut werden soll. Daneben werden sieben P-3C *Orions* generalüberholt und nun wieder eingegliedert.

Die U-Boot-Flotte genießt eine ausgesprochen hohe Priorität in der pakistanischen Marine. Seit 1994 wurden die vier in den 1970er Jahren aus Frankreich importierten U-Boote der *Daphné*-Klasse durch drei moderne *Agosta 90B* U-Boote ersetzt. Ähnlich der bestellten chinesischen Fregatten, involviert auch diese Anschaffung einen wichtigen Technologietransfer. Während das erste Boot noch in Frankreich gebaut wurde, einigte man sich das zweite Boot mit französischen Bauteilen und Werfthilfe in Pakistan selbst zusammenzusetzen. Das dritte U-Boot wurde schließlich vollständig in Pakistan produziert. Berichten zufolge denkt Pakistan bereits darüber nach, mit dem gewonnenen Know-how weitere Boote zu Exportzwecken herzustellen, und befindet sich bereits in entsprechenden Verhandlungen mit drei asiatischen Ländern.

Die Akquise der drei Minenräumer der *Eridan*-, bzw. *Munsif*-Klasse aus Frankreich zwischen 1992 und 1998 folgte dem gleichen Muster. Kamen die ersten beiden noch aus französischer Produktion, wurde das dritte vollständig in Karachi gefertigt.

Der Auslöser für diese ambitionierte Serie von Technologietransfers war das Sanktionsregime der Vereinigten Staaten Anfang der 1990er Jahre, durch das die pakistanische Marine in kurzer Zeit erheblich geschwächt wurde. Mittelfristiges Ziel ist deshalb der Aufbau einer unabhängigen, eigenen Rüstungsindustrie für die Marine. Bei der Herstellung kleinerer Schiffe wurde dieses Ziel bereits erreicht, wie der einheimische Bau der beiden *Jalalat II* Raketenboote und des immerhin 180 Tonnen schweren *Larkana* Patrouillenschiffes Mitte der 1990er Jahre zeigen.

Die Verhandlungen zwischen ThyssenKrupp Marine Systems und Pakistan über die Lieferung von drei U-Booten des Typs U-214 sind angesichts der kritischen deutschen Öffentlichkeit und den politischen Entwicklungen in dem Land sowie der Region vorerst gescheitert. China hat Pakistan den Kauf von drei chinesischen U-Booten angeboten, welche eine Alternative zu den deutschen (U-214) und französischen (*Scorpenes*) Modellen sein könnten.

Im August 2010 wurde die Übergabe der USS *McInerney* an die pakistanische Marine vereinbart. Die Fregatte wird zuvor in den USA überholt und soll im Laufe des Jahres 2011 ausgeliefert werden.

Luftwaffe:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber/Kampfflugzeuge	277	
Abfangjäger	151	
Luftraumüberwachung	15	Alle kampffähig
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	2	
Tanker	2	2 weitere bestellt
Transportflugzeuge	26	
Awacs	3	
Ausbildungsflugzeuge	112	Davon 12 kampffähig
Mehrzweckhelikopter	15	
Transporthubschrauber	4	
Luftabwehr	Mehr als 150	
Radar	Mehr als 51	
Raketen	k.A.	AGM-65 <i>Maverick</i> , Super 530

Kommentar:

Von allen Teilstreitkräften ist die pakistanische Luftwaffe – vor allem im Vergleich zu der Stärke der indischen Luftwaffe – wohl qualitativ am schwächsten. Die *Mirage* Bomber sind größtenteils veraltet und es wurde deshalb eine Aufstockung der Luftwaffe durch die US-amerikanischen F-16-Jäger, die auch nukleare Sprengköpfe abfeuern können, vereinbart. Die Flugzeuglieferung wurde sehr lange vom US-Kongress verhindert. Nachdem die Lieferung von 28 bereits bezahlten F-16 seit 1990 von den Vereinigten Staaten aufgeschoben worden war, wurde die pakistanische Regierung schließlich im August 2003 finanziell entschädigt. Als Teil eines Hilfspaketes der Vereinigten Staaten an Pakistan in der Höhe von drei Milliarden US-Dollar wird die US-Regierung der pakistanischen Luftwaffe allerdings sechs C-130 *Hercules* Transportflugzeuge überlassen. Im Juni 2010 lieferten die USA die ersten drei der 18 F-16 Jagdbombern im Rahmen des US Foreign Military Sales (FMS) Programms. Außerdem genehmigten die USA den Verkauf von 20 instandgesetzten T-37 Ausbildungsflugzeugen, so wie einer nicht weiter benannten Zahl von AH-1F *Cobra* Angriffshubschraubern. Es gibt Informationen darüber, dass Pakistan beabsichtigt, bis zu 250 der gemeinsam mit China entwickelten Abfangjäger (FC-1/JF-17) zu kaufen. Auch Ägypten ist an einer gemeinsamen Produktion dieser Flugzeuge interessiert. Pakistan hingegen scheint eher an einem Kauf von 36 Jian-10 Flugzeugen von China interessiert zu sein.

Bereits 2009 hat Pakistan vier von acht AWACs-Flugzeugen aus Schweden erhalten. Vier weitere sollen aus China folgen, die Auslieferung soll im November 2011 beginnen.

Paramilitärische Einheiten:

- Grenz-Korps: 45 gepanzerte Mannschaftstransporter (UR-416)
- Küstenwache: 5 Patrouillenboote
- Maritime Security Agency : 10 Patrouillenboote
- Nationalgarde: k. A.
- Northern Light Infantry: k. A.
- Pakistan Rangers (unterstehen dem Innenministerium): k. A.

Peacekeeping:

- Burundi (BINUB): 1 Beobachter
- Zentralafrikanische Republik/ Tschad (MINURCAT): 4 Soldaten, 2 Beobachter
- Elfenbeinküste (UNOCI): 1.140 Soldaten; 11 Beobachter
- Dem. Rep. Kongo (MONUSCO): 3.571 Soldaten; 55 Beobachter
- Liberia (UNMIL): 2953 Soldaten, 7 Beobachter
- Sudan (UNAMID): 502 Soldaten, 5 Beobachter
- Sudan (UNMIS): 1479 Soldaten; 16 Beobachter
- Timor Leste (UNMIT): 4 Beobachter
- Westsahara (MINURSO): 11 Beobachter

UN-Peacekeeping Missionen im Inland:

- UNO (UNMOGIP): 40 Militärbeobachter aus 8 Ländern

2.7 Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Pakistan ist, wie viele andere postkoloniale Staaten auch, ein in nur wenigen Jahren geschaffenes Kunstprodukt. Erdacht als ein eigenständiger islamischer Staat für die muslimische Bevölkerung der ehemaligen britischen Kolonie in Indien, konstituiert Pakistan seine Identität weniger durch die historischen und kulturellen Überlieferungen der seinem Territorium inwohnenden Volksgruppen, als vielmehr durch die Repräsentation der eigenen Legitimität als notwendiges Gegengewicht zum säkularen Nachbarstaat Indien. Hierbei spielen die Streitkräfte Pakistans eine zentrale und unverzichtbare Rolle. Ihre Funktion, ein homogenes Staatsgefüge im Inneren mittels der kontinuierlichen Identifikation einer heterogenen Bedrohungskulisse im Äußeren zu reproduzieren, ist in der Tat so unabdingbar für den Zusammenhalt des Landes, dass die Bedeutung ziviler Autorität allerhöchstens eine sekundäre Position im Wertekanon der pakistanischen Gesellschaft einnimmt.

Wenige Monate nachdem Pakistan im sogenannten „Kargil“-Konflikt seine Truppen aus dem indischen Teil Kaschmirs zurückziehen musste, stürzte das Militär im Oktober 1999 unter Führung von General Pervez Musharraf, der dem damaligen Premierminister Nawaz Sharif offen Feigheit vorgeworfen hatte, die zwar unpopuläre, aber demokratisch legitimierte und zivile Regierung. Es war bereits der dritte Militärputsch in Pakistans nur knapp über 50 Jahre junger Geschichte. General Musharraf ließ sich zum neuen Präsidenten Pakistans ausrufen und versprach, mit aller Härte gegen die unter der zivilen Regierung weit verbreitete Korruption im Staatsapparat vorzugehen sowie die angeschlagene Wirtschaft des hoch verschuldeten Landes grundlegend zu sanieren. Kurze Zeit später bestätigte der Oberste Gerichtshof Pakistans seine Machtübernahme und erklärte sie für die Dauer von drei Jahren für rechtsgültig. Der vermeintliche Übergang von einer Militär- zu einer Zivilverwaltung wurde im Oktober 2002 durch das Abhalten der Parlamentswahlen, in der ein zwar ziviler aber militärnaher Premierminister gewählt wurde, symbolisch besiegelt. Das Militär nimmt allerdings weiterhin eine Schlüsselposition in der pakistanischen Politik ein. So behielt sich Musharraf das Recht vor, das gewählte Parlament jederzeit auflösen zu können. Durch eine kontroverse Verfassungsänderung wurde im Dezember 2003 zudem die schon immer prominente Rolle des Militärs in der Staatsführung erstmals formalisiert, in dem Musharraf einen sich hauptsächlich aus hohen Offizieren zusammensetzenden Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council – NSC) ins Leben rief. Dieser soll Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse bei Fragen der „Souveränität, Integrität und Sicherheit“ Pakistans nehmen – für Kritiker ein „Super-Parlament“, das die bisher nur implizit anerkannte Vormacht des Militärs in Pakistans politischer Machtstruktur de facto institutionalisiert.

Diese jüngsten Entwicklungen illustrieren eine ganz besondere pakistanische Eigenart, das Nationalbewusstsein des Landes fast ausschließlich über die herausragende Rolle der Streitkräfte, vor allem des Heeres, in der Gesellschaft zu definieren. Seit der Unabhängigkeit bildet das aus Teilen der *British Indian Army* entstandene Militär die kohäsivste nationale Gruppe. In der Tat ist erst durch die Streitkräfte vorangetrieben worden, dass sich der Gedanke vom „Islamischen Staat Pakistan“, dessen *raison d'être* einer kontinuierlichen Praktik der Differenzierung vom hinduistischen und säkularen Indien bedarf, manifestierte. Der Streit um die Provinz Kaschmir wäre somit nicht der Ursprung, sondern vielmehr die Folge einer in der eigenen Identitätsbildung verwurzelten Struktur der scheinbar ewigen Feindschaft, die in der Vergangenheit trotz limitierter Ressourcen auf beiden Seiten immer wieder in offene Kriege ausuferte. Die pakistanische Autorin Ayesha Siddiqa sagte treffend: „Every country has an army, but the Pakistani army has a country“.

Die durch die notwendige Wahrnehmung einer externen Bedrohung konstituierte Macht des pakistanischen Militärs hat ganz entscheidende Folgen für den pakistanischen Staat an sich, insbesondere für seine interne, zwischen Demokratie und Militärdiktatur oszillierende Regierungsform. Bei fast jeder größeren Krise einer demokratisch gewählten Regierung intervenierte bisher das Militär. Dies hatte zur Folge, dass Pakistan für mehr als die Hälfte seiner Geschichte nicht von gewählten Volksvertretern, sondern von Generälen regiert wurde. Demokratische Institutionen und Strukturen konnten sich im Schatten des allmächtigen Streitkräfteapparates nur sehr bedingt und eingeschränkt etablieren. Meist scheinen sie vom Militär lediglich geduldet, nicht aber respektiert zu sein.

Doch nicht nur gesellschaftlich und politisch, sondern auch wirtschaftlich ist das Militär von großer Bedeutung. Es ist die wichtigste Wirtschaftsmacht des Landes und hat mittlerweile ein undurchsichtiges Firmenimperium aufgebaut. Aktive und pensionierte Offiziere finden sich in Führungspositionen wieder und erhalten oftmals hohe Subventionen. Die Produktpalette der angesprochenen Firmen reicht dabei von Panzern über Zement bis zu Müsli.

Durch die schweren Überschwemmungen im August 2010, bei denen das Militär maßgeblich an der Hilfe für die Bevölkerung beteiligt war, wurde Berichten zu Folge das Vertrauen und das Ansehen des Militärs in die Bevölkerung auf Grund der schnellen und effektiven Hilfestellung weiter verstärkt. Etwa 60.000 Soldaten und 45 Helikopter stellte das Militär für Hilfsmaßnahmen zur Verfügung.

2.8 Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 7: Ausgaben für Öffentliche Ordnung und Sicherheit

	2006	2007	2008	2009	2010
Ausgaben öffentliche Ordnung/Sicherheit	0,43	0,42	0,37	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2008

Angaben in Milliarden US-Dollar, Die Ausgaben für Sicherheit und öffentliche Ordnung wurden von nationalen Währungen in US-Dollar in jeweils aktuelle Preise umgerechnet.

Pakistan hat eine Vielzahl lokaler und nationaler Polizeieinheiten. Die Ebenen der inneren und äußeren Sicherheit sind im Land verwoben und daher oft nicht klar voneinander trennbar. Die vier Provinzen und Islamabad selbst haben ihre eigenen Polizeibehörden, welche auf ihre Regionen beschränkt sind. Im Einzelnen sind dies die *Balochistan Police* mit ca. 46.000 Beamten, die *Punjab Police* mit 180.000 Beamten, die *Sindh Police* mit 115.000 Beamten, die *Frontier Police* in Khyber Pakhtunkhwa mit 73.000 Beamten und die Islamabad Police mit ca. 11.000 Beamten. Neben diesen regionalen Behörden gibt es noch einige nationale Polizeieinheiten sowie Sicherheitsdienste. Die *Frontier Constabulary* ist eine auf 26.100 Mann begrenzte, paramilitärische Einheit die nationalweit operiert. Sie ist neben anderen Aufgaben mit der Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels betraut aber auch verantwortlich für

die Sicherheit zwischen Stammesgebieten und regulären Gebieten. Sie übernimmt sowohl polizeiliche als auch militärische Aufgaben und kämpft häufig an vorderster Front gegen islamistische Extremisten, was häufig zu starken Verlusten führt. Rekrutiert wird das nötige Personal aus der Gruppe der Polizeianwärter, die nach der Ausbildung aber vor dem Antritt in den regulären Dienst ein Jahr Dienst in der *Frontier Constabulary* ableisten müssen. Diese *Frontier Constabulary* arbeitet seit den frühen 2000ern auch vermehrt mit dem *Frontier Corps (FC)* zusammen. Das FC ist ebenfalls eine paramilitärische Einheit und untersteht dem Innenministerium. Es ist etwa 80.000 Mann stark und rekrutiert sich größtenteils aus der Armee. Mit den *Pakistan Rangers* mit einer Stärke von rund 100.000 Mann, gibt es eine weitere paramilitärische Einheit, die mit Aufgaben der inneren Sicherheit beauftragt ist. Wie auch viele andere Einheiten der Polizei und der Armee sind die *Pakistan Rangers* mit verschiedenen Versionen des G3 Sturmgewehrs und den Maschinenpistolen des Typs MP5 von Heckler&Koch ausgestattet.

Neben diesen paramilitärischen Einheiten existiert auch noch die *National Highway and Motorway Police (NH&MP)* mit nur rund 310 Beamten. Diese sind für das Einhalten der Verkehrsgesetze auf den öffentlichen Highways zuständig. Sie dient als Vorbild für die mögliche Restrukturierung anderer Polizeieinheiten in Pakistan, da sie als besonders korruptionsresistent gilt.

Des Weiteren gibt es auch eine *Anti-Narcotics Force*, die dem Ministerium für Drogenkontrolle untersteht. Diese, mit etwa 1.500 Beamten vergleichsweise kleine Abteilung, beschäftigt sich ausschließlich mit dem Kampf gegen Drogenkriminalität und wird dabei aber je nach Situation von anderen Einheiten unterstützt. Daneben gibt es eine pakistanische Bundespolizei, die *Federal Investigation Agency*, welche landesweit operiert. Mit rund 3.500 Beamten ist diese Behörde insbesondere mit organisierter Kriminalität in den Bereichen Korruption, Terrorismus, Immigration, Menschenhandel und Schmuggel, Geldwäsche, sowie Finanzbetrug und Diebstahl geistigen Eigentums betraut.

Der Inter-Services Intelligence (ISI) ist der Größte der drei pakistanischen Geheimdienste neben dem Intelligence Bureau (IB) und dem Military Intelligence (MI). Der ISI ist mit allen Aufgaben zur nationalen Sicherheit betraut. Dies umfasst nationale und internationale Informationsbeschaffung, verdeckte Operationen und die interne Unterdrückung verschiedener Oppositionsgruppen. Berichten zufolge beschäftigt der Geheimdienst etwa 10.000 Mann und gliedert sich in folgende Bereiche, die mit unterschiedlichen nationalen oder regionalen Aufgaben betraut sind: Joint Intelligence X (JIX), Joint Intelligence Bureau (JIB), Joint Counter Intelligence Bureau (JCIB), Joint Intelligence/North (JIN) und Joint Intelligence Miscellaneous (JIM). Auf dem Papier ist der pakistanische Geheimdienst eine zivile Institution, doch in der Praxis übt das Militär eine starke Kontrolle auf den ISI aus. Offen ist weiterhin die Frage, wie viel Kontrolle die Regierung in Islamabad tatsächlich über den Geheimdienst ausübt. Auf der einen Seite ist der ISI ein wichtiger Verbündeter der USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, auf der anderen Seite wird ihm immer wieder vorgeworfen, er unterstütze die Taliban aktiv im Kampf in Afghanistan.

3 INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU- VERHALTENSKODEX

3.1 Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Pakistan

Mitgliedschaft in zentralen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1997	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011

Kommentar:

Pakistan ist einer Reihe von wichtigen Abrüstungsabkommen nicht beigetreten. Dies kann vor allem auf das in Pakistan vorherrschende Gefühl der eigenen Unsicherheit bezüglich des vom indischen Nachbarn ausgehenden Bedrohungspotenzials zurückgeführt werden. Durch die Nicht-Mitgliedschaft im Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT) gilt Pakistan, genauso wie Indien und Israel, als inoffizielle Atommacht. Offizielle Atommächte sind nur diejenigen Staaten, die vor dem 1. Januar 1967 einen Atomwaffentest durchgeführt haben (USA, Russland, Großbritannien, China, Frankreich). Bislang hat Pakistan auch den Beitritt zum noch nicht in Kraft getretenen Umfassenden Teststoppvertrag abgelehnt. Dieser tritt erst in Kraft, wenn 44 festgelegte Länder, die allesamt über einen atomaren und/ oder nuklearen Forschungsreaktor verfügen, ratifiziert haben. Der Nicht-Beitritt Pakistans zur Anti-Personenminen-Konvention kann ebenfalls als eine militärstrategische Entscheidung vor dem Hintergrund des indisch-pakistanischen Konfliktes gesehen werden. Einem Bericht des *Landmine Monitor* zufolge besaß Pakistan im Jahre 2003 mindestens sechs Millionen Anti-Personenminen, die in eigener Produktion hergestellt wurden.

Derzeit sind keine Sanktionen der EU und den Vereinten Nationen gegen Pakistan in Kraft.

3.2 Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

3.2.1 Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

3.2.2 Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis in Pakistan, 2010 (2011):

The major human rights problems included extrajudicial killings, disappearances, and torture. Although the government initiated an investigation into an Internet video showing men in military uniforms apparently committing extrajudicial killings, a failure to credibly investigate allegations, impose disciplinary or accountability measures, and consistently prosecute those responsible for abuses contributed to a culture of impunity. Poor prison conditions, instances of arbitrary detention, lengthy pretrial detentions, a weak criminal justice system, insufficient training for prosecutors and criminal investigators, a lack of judicial independence in the lower courts, and infringements on citizens' privacy remained problems. Harassment of journalists, some censorship, and self-censorship were problems. There were some restrictions on freedom of assembly. Corruption was widespread within the government and lower levels of the police forces, and the government made few attempts to combat the problem. Rape, domestic violence, sexual harassment, honor crimes, abuse, and discrimination against women remained serious problems. Religious freedom violations, as well as violence and discrimination against religious minorities continued. Child abuse and exploitive child labor were problems. Widespread human trafficking, including exploitation of bonded laborers by land owners; forced child labor; and commercial sexual exploitation of children remained problems, as did lack of respect for worker rights.

A new law to increase protection against sexual harassment was passed, and more than 40 ministries and departments incorporated the new code of conduct into their policies, although women's rights groups sought more effective implementation. The minister for minorities took an active role in assisting victims of religiously motivated attacks on Christians and Ahmadis; the government allocated four reserved Senate seats for religious minorities,

one from each province; and police freed more than 1,000 bonded laborers.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2010
<http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2010/sca/154485.htm>

3.2.3 Auszüge aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2010

Massive floods displaced millions of Pakistanis, leaving them in need of food, health care and shelter. Insurgent groups unlawfully killed people in Pakistan's conflict-ridden Northwest and Balochistan. They inflicted cruel punishments on the civilian population and launched deadly suicide attacks in the major cities, causing hundreds of civilian deaths and injuries. More than 2 million people were displaced by the conflict in north-west Pakistan. Torture, deaths in custody, "honour killings" and domestic violence persisted, despite new international commitments to safeguard rights. Members of the armed forces continued to arbitrarily arrest civilians, subjecting some to extrajudicial executions. New cases of enforced disappearance soared, particularly in Balochistan, where many victims were found dead. Old cases of enforced disappearance remained unresolved. Violence against religious minorities intensified with the government failing to prevent or punish the perpetrators. An informal moratorium on executions remained, but over 300 people were sentenced to death.

Quelle: Amnesty International Report 2011: <http://www.amnesty.org/en/region/pakistan/report-2011>

3.2.4 Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House für 2010 (2011)

Bewertung für Pakistan auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

- Bürgerliche Rechte: 5
- Politische Rechte: 4
- Gesamtbewertung: Teilweise frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House (2011):

In 2010, tensions between President Asif Ali Zardari and the judiciary continued, as did efforts by the civilian government and Parliament to exert more control over policy formulation in the face of sustained military interference. A constitutional amendment passed by Parliament in April curtailed the powers of the executive branch over the judiciary, the legislature, and the military, among other provisions. The army's campaigns against Islamist militants led to a range of human rights abuses, displacement of civilians, and retaliatory terrorist attacks across the country. Societal discrimination and attacks against religious minorities and women, as well as the weak rule of law, remained issues of concern.

Quelle: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011&country=8108>

Kommentar:

Pakistan hat einige wichtige UN-Menschenrechtsabkommen zwar unterzeichnet, nicht aber ratifiziert. Obwohl die Verfassung umfangreiche Bestimmungen zum Schutz von Menschenrechten enthält, gilt die Situation in Pakistan als schwierig. Zu den positiven Entwicklungen gehören die Abschaffung der Todesstrafe von Minderjährigen, ihre neuerdings separate Inhaftierung und die in der Politik eingeführte Frauenquote. Besorgniserregend sind vor allem der hohe Grad an Korruption innerhalb des Justiz- und Polizeisystems sowie die weite Verbreitung von Kinderarbeit. Obgleich Pakistan die Kinderrechtskonvention ratifiziert hat und Kinderarbeit in der Verfassung als illegal eingestuft wird, gehen NGO-Schätzungen von bis zu fünf Millionen Kindern und Jugendlichen aus, die meist in der Landwirtschaft arbeiten. Ebenfalls besorgniserregend ist nach wie vor die Lage der Frau. Auch hier ist Pakistan zwar dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau beigetreten und verfassungsrechtlich ist ebenfalls ein Diskriminierungsverbot der Frau festgehalten, dennoch sind Frauen auf Grund der Anwendung islamisch geprägter Rechtsvorschriften oftmals schlechter gestellt als Männer. Dies wird besonders deutlich an der niedrigeren Alphabetisierungsrate von Frauen (Schätzungen der UNESCO gehen von ca. 40 Prozent aus) im Gegensatz zu Männern (69 Prozent).

Die Überschwemmungen 2010 haben die Menschenrechtssituation vieler Menschen deutlich verschlechtert. Häufig mangelt es an der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit, so dass Aufständische Menschen ermorden. Auch in der Grenzregion zu Afghanistan, in der ein gewaltsamer Konflikt zwischen den Taliban und der pakistanischen Regierung tobt, ist es um die Menschenrechte schlecht gestellt.

3.3 Innere Lage im Empfängerland

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtiges Amtes (April 2011):

Pakistan ist ein Bundesstaat mit den vier Provinzen Punjab, Sindh, Baluchistan, Khyber Pakhtunkhwa (ehemals North West Frontier Province NWFP) und den "Federally Administered Tribal Areas" (FATA). Die pakistanische Verfassung bestimmt, dass die vom Parlament beschlossenen Gesetze in FATA nur gelten, wenn dies der Präsident explizit anordnet. Daneben kontrolliert Pakistan die Gebiete von Gilgit-Baltistan (die früheren "Northern Areas") und Azad Jammu & Kashmir (AJK - "freies Kaschmir"), den auf der pakistanischen Seite der Demarkationslinie ("Line of Control") zwischen Indien und Pakistan liegende Teil Kaschmirs. Beide Gebiete werden offiziell nicht zum pakistanischen Staatsgebiet gerechnet. Gilgit-Baltistan hat im September 2009 eine Teilautonomie erhalten. Es war bislang von Islamabad aus regiert worden. AJK genießt ebenfalls Autonomie, ist aber finanziell von der Zentralregierung in Islamabad abhängig.

Die gesetzgebende Gewalt in Pakistan liegt beim Parlament. Das Parlament besteht aus zwei Kammern, der Nationalversammlung und dem Senat. Daneben werden in den Provinzen Pakistans Provinzversammlungen gewählt. Die Nationalversammlung umfasst 342 Abgeordnete, von denen 272 direkt vom Volke gewählt werden. Es gilt das Mehrheitswahlrecht. 60 Sitze sind für Frauen, 10 weitere für Vertreter religiöser Minderheiten reserviert. Die reservierten Sitze werden auf die in der Nationalversammlung vertretenen Parteien entsprechend ihrem Stimmenanteil verteilt. Die Legislaturperiode dauert fünf Jahre.

Aus den Parlamentswahlen am 18. Februar 2008 war die bis dahin oppositionelle Pakistan Peoples Party (PPP) unter der Führung von Asif Ali Zardari, dem Witwer der 2007 ermordeten ehemaligen Premierministerin Benazir Bhutto, als Sieger hervorgegangen. Ihre Parlamentsmehrheit reichte aber für eine Alleinregierung nicht aus. Sie schloss sich deshalb mit der zweitgrößten Partei, der PML-N des ehemaligen Premierministers Nawaz Sharif, und zwei kleineren Parteien zu einer Koalition zusammen. Yousaf Rana Gilani (PPP) wurde am 24. März 2008 zum Premierminister gewählt.

Präsident Musharraf, der am 29. November 2007 als ziviler Präsident für eine weitere fünfjährige Amtszeit vereidigt worden war, trat am 18. August 2008 angesichts eines drohenden Amtsenthebungsverfahrens zurück und verließ Pakistan. Am 6. September 2008 wurde Zardari von der Nationalversammlung und den vier Provinzversammlungen zum neuen Präsidenten gewählt und am 9. September vereidigt. Politische Differenzen zwischen der PPP und der PML-N hatten wenige Tage zuvor am 25. August 2008 zum Austritt der PML-N aus der Regierungskoalition geführt. Die PPP führte seitdem eine Koalitionsregierung mit der MQM, der viertstärksten Partei im Parlament, sowie den kleineren Parteien ANP und JUI-F. Die JUI-F trat im Dezember 2010 aus der Regierung aus, so dass die Regierung derzeit nur über eine fragile Mehrheit verfügt. Die nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stehen 2013 an.

Seit Ende April 2009 haben sich die militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem pakistanischen Militär und den Taliban verschärft. Zuvor hatten die Taliban eine Vereinbarung mit der Provinzregierung von Khyber Pakhtunkhwa im Februar 2009 genutzt, um die Herrschaft im Swat-Tal zu übernehmen und anschließend in zwei Nachbardistrikte vorzurücken. Die Armee antwortete daraufhin am 26. April 2009 mit einer Gegenoffensive und beendete die Taliban-Herrschaft im Swat-Tal. Von Oktober bis Dezember 2009 wurden die Taliban aus Süd-Wasiristan (FATA) vertrieben, einer Region, die von ihnen jahrelang kontrolliert worden war. Daneben finden auch in anderen Teilen der FATA immer wieder Gefechte statt. Die Taliban reagieren auf diese Militäroperationen mit Terroranschlägen, von denen v.a. Khyber Pakhtunkhwa und FATA betroffen sind, die sich aber auch gegen Ziele in pakistanischen Großstädten wie z.B. Karachi, Lahore und Faisalabad richten. Die Terroranschläge halten auch im Jahr 2011 an. Sie zielen vor allem auf Einrichtungen des Militärs und der Polizei. Opfer sind aber auch politische Gegner der Taliban, religiöse Minderheiten sowie Muslime, die nicht der strikt konservativen Scharia-Auslegung der Taliban folgen, wie z.B. die Sufis. .

Die pakistanische Regierung steht in dieser Auseinandersetzung vor großen Herausforderungen: Um die militärischen Erfolge zu konsolidieren und einer Rückkehr der Taliban vorzubeugen, müssen in den zurück gewonnenen Gebieten funktionierende zivile Verwaltungsstrukturen etabliert werden, das gilt v.a. für das Rechtssystem. Außerdem muss die wirtschaftliche Entwicklung dieser Gebiete vorangetrieben werden. Schließlich gilt es, die große Zahl interner Flüchtlinge zu bewältigen, die im Sommer 2009 auf die Zahl von 2,7 Mio. angestiegen war. Mittlerweile sind die Bewohner des Swat-Tals wieder zurückgekehrt. Dennoch wird die Zahl der Binnenflüchtlinge, vor allem aufgrund der weitergehenden Kämpfe in den FATA, immer noch knapp eine Mio. geschätzt.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Pakistan/Innenpolitik_node.html

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2010):

Im Jahresbericht 2010 von Transparency International, für den in 178 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Pakistan auf Platz 143 (2009: Platz 139), zusammen mit den Malediven und Mauretanien. Deutschland liegt auf Platz 15.

Quelle: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results

Spannungen und interne Konflikte:

In Pakistan gibt es einen internen Konflikt zwischen untereinander konkurrierenden Autonomieforderungen verschiedener ethnischer Gruppen einerseits und der Idee einer zentral-organisierten nationalen Einheit des Landes andererseits. Letztere Vorstellung wird vor allem von der Volksgruppe der Punjab propagiert, die etwa 60 Prozent der pakistanischen Bevölkerung stellt und so gut wie alle Aspekte des öffentlichen Lebens, insbesondere innerhalb des Militärapparates, dominiert. Die daraus resultierende politische und ökonomische Benachteiligung von Minderheiten entlädt sich immer wieder in Phasen offener Auseinandersetzungen. Besonders betroffen ist Pakistans zweitgrößte Provinz Sindh und ihre

Metropole Karachi. Dort kam es im Laufe der 1990er Jahre immer wieder zu gewaltsamen, teils sehr heftigen Unruhen zwischen einheimischen Sindh-Nationalisten und den 1947 aus Indien zugewanderten Muhajir, die beide sowohl gegeneinander als auch gegen staatliche Sicherheitskräfte kämpfen. Doch auch zwischen verfeindeten Fraktionen der Muhajir selber sowie zwischen radikalen Elementen sunnitischer und schiitischer Muslime sind Momente der Gewalteskalation keine Seltenheit. Verschlimmert wird die Situation durch die weite Verbreitung von Kleinwaffen, die meist über die Grenze zu Afghanistan ins Land gelangen. Die besonders in Karachi ausgesprochen hohe Kriminalitätsrate stellt darüber hinaus durch ihren irregulären Charakter zwar keine direkte Bedrohung für den pakistanischen Staat an sich dar. Der Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung in vielen von der Drogen- und Waffenmafia kontrollierten Teilen der Stadt ist aber ein Indiz für die häufige Ohnmacht des Staatsapparates in den äußeren Provinzen des Landes. Es scheint, als würde die Fragmentierung Pakistans zu einem gewissen Grad nur durch die Beschwörung einer von dem indischen Nachbarstaat ausgehenden, gemeinsamen äußeren Bedrohung verhindert.

Die vom ehemaligen Präsidenten Musharraf nach den Ereignissen des 11. September 2001 initiierte Annäherung Pakistans an die Vereinigten Staaten führte in vielen Teilen des Landes zu einer erheblichen Radikalisierung militanter Islamistengruppen und einer weiten Verbreitung terroristischer Akte. Auch nachdem 2002 mehrere dieser Gruppen verboten wurden, dauert die Serie gewalttätiger Anschläge, vor allem gegen die Polizei, religiöse Stätten, belebte Plätze und Orte, die für westliche Interessen stehen, an. Im Jahr 2008 kam es zu über 500 terroristischen Anschlägen unterschiedlichen Ausmaßes. Dabei wurden zwischen 2007 und 2009 über 5500 Menschen Opfer terroristischer Gewalt. Als Reaktion auf das 2007 verübte Attentat auf Benazir Bhutto drohte Pakistan in einem bürgerkriegsähnlichen Zustand zu versinken. Besonders der bewaffnete Konflikt zwischen der neugeformten Rebellen Koalition Tehrik-i-Taliban Pakistan und pakistanischen Regierungstruppen löste Besorgnis aus. Die neue Gruppierung zielt auf einen Regierungswechsel ab, bei dem ein Taliban Regime und das Gesetz der Sharia in Pakistan etabliert werden soll. In den bewaffneten Auseinandersetzungen kamen mehr als 3000 Menschen ums Leben. Nach wie vor gilt Pakistan als Rückzugsgebiet der Taliban und für ihr Widererstarken wird zu einem Großteil die pakistanische Unfähigkeit/ der Unwille zur entschlossenen Bekämpfung der Taliban im Inland verantwortlich gemacht. Einschlägigen Quellen zufolge soll es weiterhin Unterstützer der Taliban in den militärischen und sicherheitsdienstlichen Kreisen Pakistans geben. In jüngster Vergangenheit zeigte die pakistanische Armee jedoch ein deutlich entschlosseneres Auftreten in der Bekämpfung des Terrorismus. Zahlreiche Offensiven wurden letztlich mit dem Tod des Therik-i-Taliban Anführers Baitullah Mehsud belohnt, ein Umstand der das Vertrauen westlicher Mächte in die pakistanische Führung und Armee deutlich steigerte. Der Tod des al-Quaida Chefs durch amerikanische Soldaten in Abbottabad im Mai 2011 führte zu starkem Misstrauen in der pakistanisch-amerikanischen Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung. Offen bleibt gegenwärtig, ob und inwieweit Bin Laden von Mitgliedern der pakistanischen Armee und des Geheimdienst Unterstützung erhalten hat.

3.4 Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage:

Die Islamische Republik Pakistan liegt im südlichen Asien und grenzt im Osten an Indien und im Westen an Afghanistan und Iran. Im äußersten Nordosten teilt es eine kurze Grenze mit China. Das Land umfasst eine Fläche von rund 800.000 km². Offiziellen Angaben zufolge betrug die Bevölkerungszahl im Jahre 2010 173,6 Millionen. Der seit 1947 von Pakistan kontrollierte Teil Kaschmirs (Azad Jammu & Kaschmir) verfügt über eine weitgehend autonome interne Verwaltung und erstreckt sich über eine zusätzliche Fläche von 13.300 km² und rund drei Millionen Einwohner.

Die Politische Situation in der Region:

Die Lage in Südasien gilt wegen den andauernden Spannungen zwischen Pakistan und Indien, die beide als inoffizielle Atomkräfte gelten, als unsicher. Seit der Teilung des Subkontinents im Jahr 1947 ist der Kaschmir-Konflikt das zentrale Problem in den Beziehungen zwischen Pakistan und Indien. Zusätzlich verschärft wird die gesamte Sicherheitslage der Region durch die weiterhin instabile Situation in Afghanistan.

Bis zu den Anschlägen vom 11. September 2001 war Pakistan eins der wenigen Länder, das diplomatische Beziehungen zum Taliban-Regime in Afghanistan unterhielt. Neben einem starken wirtschaftlichen Interesse an Afghanistan, ist Pakistan vor allem wegen der engen Stammesverflechtungen im Grenzgebiet von Bedeutung. In den letzten Jahren drängt der Einsatz der internationalen Truppen in Afghanistan und die Operationen verschiedener Spezialkräfte die Taliban verstärkt in das Grenzgebiet mit Pakistan. Dort finden seit einigen Jahren umfassende Militäroperationen Pakistans statt. Berichten zu Folge sind bis zu 160.000 Mann an der Grenze gegen Aufständische im Einsatz. Mit der Erschießung Bin-Ladens durch Spezialkräfte der USA im Frühjahr 2011 hat der Konflikt in der Region wieder eine verstärkte Aufmerksamkeit bekommen. Eine Lösung scheint derzeit jedoch nicht in Sicht zu sein.

Wegen der schwierigen Sicherheitslage mit Indien bemüht sich Pakistan um militärische Absicherung durch Drittstaaten, dabei kommt China eine bedeutende Rolle zu. Außerdem bemüht sich Pakistan um ein möglichst spannungsfreies Verhältnis zu Iran und sucht den Kontakt zu den Golfstaaten, vor allem Saudi-Arabien und die VAE, dies hauptsächlich mit Blick auf die Aufnahme von pakistanischen Gastarbeitern durch diese.

Grenzprobleme:

Der Kaschmir-Konflikt

Seit sich Britisch-Indien 1947 in das muslimische Pakistan und das säkulare Indien aufteilte, streiten sich beide Länder um den territorialen Status der in ihrem Grenzgebiet liegenden Region Kaschmir. Trotz ihrer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung wurde die umstrittene Provinz ursprünglich Indien zugesprochen. Eine militärische Intervention Pakistans führte zu einem bewaffneten Konflikt, der 1949 endete, nachdem die Vereinten Nationen eine Waffenstillstandslinie ausgehandelt hatten. 60 Prozent der Landesfläche Kaschmirs fielen Indien zu, der Rest ging an Pakistan. Die Feindschaft zwischen beiden Ländern dauerte jedoch unvermindert an. 1965 provozierte Pakistan eine erneute militärische Auseinandersetzung, die erst durch erfolgreiche Vermittlung der damaligen Sowjetunion beigelegt wurde, am Status quo von 1949 aber nichts Wesentliches änderte. Im Rahmen der 1971 mit der Unabhängigkeitserklärung Ost-Pakistans einhergehenden politischen Unruhen kam es wieder zu Kämpfen zwischen Indien und Pakistan in Kaschmir. Von 1980 an unterstützte die pakistanische Regierung offenbar im indischen Teil Kaschmirs operierende Guerilla-Gruppen mit anti-indischer Zielsetzung.

Der Konflikt erhielt eine neue, gefährliche Dimension, seitdem beide Staaten seit 1998 über einsatzfähige Kernwaffen verfügen. Zwar folgte auf die indo-pakistanische Erklärung von Lahore Anfang 1999 kurzfristig eine scheinbare Phase der Entspannung, bereits im Mai und Juni folgte aber eine erneute Serie von gewaltsamen Auseinandersetzungen entlang der Waffenstillstandslinie, insbesondere in der Gegend um die Stadt Kargil. Die verschärften Spannungen dauerten im Laufe der Jahre 2000 und 2001 an. Immer wieder kam es zu sporadischen Artilleriegefechten beidseits der Grenze. Ein Bombenanschlag auf das indische Parlament im Dezember 2001, für den Indien von Pakistan unterstützte Terroristen verantwortlich machte, zog eine dramatische Zuspitzung des Kaschmir-Konfliktes nach sich. Die massive Streitkräftemobilisierung sowohl Indiens als auch Pakistans in der Region ließ einen offenen, ausgewachsenen Krieg zwischen beiden Ländern wahrscheinlicher denn je erscheinen. Erst als der ehemalige Präsident Musharraf im Januar 2002 ankündigte, zwei in Kaschmir tätige islamistische Gruppen zu verbieten und daraufhin begann, mit pakistanischen Sicherheitskräften gegen anti-indische Aktivisten vorzugehen, entspannte sich die Lage.

Obwohl Angriffe militanter Islamisten gegen Hindus in Kaschmir im Laufe der Jahre 2002 und 2003 weiter zunahm, schien sich eine langsame und vorsichtige Annäherung zwischen Indien und Pakistan abzuzeichnen. Im Oktober 2002 einigten sich beide Länder darauf, ihre

Truppen entlang der Demarkationslinie um erhebliche Teile zu reduzieren. Und nachdem im Mai 2003 als Folge der „*hand of friendship*“-Rede des indischen Premierministers Atal Bihari Vajpayee volle diplomatische Beziehungen zwischen Indien und Pakistan wiederhergestellt wurden, konnte im November 2003 ein Waffenstillstand auf unbeschränkte Zeit beschlossen werden. Der auf einem Gipfeltreffen 2004 eingeleitete Dialogprozess führte zu der Implementierung verschiedener Vertrauensbildender Maßnahmen, wie etwa die Wiederbelebung von zwei Verkehrsverbindungen zwischen den beiden Staaten in den Jahren 2005 und 2006. Noch im September 2008 wurde vereinbart, den Handelsaustausch über die „line of control“ zuzulassen.

Wenige Wochen später wurde der Dialogprozess jedoch erneut und durch einen Anschlag gestört und, da die indische Regierung pakistanische Täter für die Anschläge von Mumbai vom 26. November 2008 verantwortlich machte, daraufhin auch unterbrochen. Im Frühjahr 2011 gaben beide Länder eine Erklärung ab, Gespräche über alle Themen wieder aufzunehmen. Die USA unterstützen diesen Prozess, auch um freiwerdende Kapazitäten für den Kampf gegen den Terrorismus nutzen zu können.

Regionale Rüstungskontrolle:

Weder Pakistan noch Indien sind dem Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen (NPT) beigetreten. Damit entziehen sich beide Staaten einer institutionalisierten Kontrolle durch die IAEA. Auch die Unterzeichnung des bislang noch nicht in Kraft getretenen Umfassenden Teststoppvertrages wird von beiden Staaten verweigert. Dementsprechend existiert keinerlei regionale Rüstungskontrolle, nicht einmal für die vorhandenen nuklearen Arsenale. Nach den erfolgreichen Atomwaffentests Indiens und Pakistans 1998 haben beide Staaten jedoch ein einseitiges Teststopp-Moratorium verkündet.

3.5 Bedrohung von Alliierten

3.5.1 Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Rahmen der UN-Peacekeeping Mission UNMOGIP (United Nations Military Observer Group in India and Pakistan) sind derzeit 40 Beobachter vor Ort. Chile und Uruguay stellen dabei jeweils zwei Beobachter, Finnland fünf, Schweden 6, Italien sieben sowie Kroatien und Südkorea je neun Beobachter. Auch Großbritannien hat im Rahmen dessen einige Soldaten vor Ort stationiert.

Des Weiteren führt die Hauptversorgungsrouten US-amerikanischer Soldaten in Afghanistan durch Pakistan. Mehr als die Hälfte des Nachschubs der Truppen wird im pakistanischen Hafen Karatschi umgeladen und von dort aus nach Afghanistan transportiert.

3.5.2 Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Pakistan 84 Prozent im Jahre 2010 und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren nur geringfügig gesunken. Im Vergleich zu anderen asiatischen Staaten, weist Pakistan, hinter Bangladesch und Sri Lanka, die höchste Rate an Technologiepiraterie in dieser Region auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA Angaben im Jahr 2010 auf geschätzte 217 Millionen US-Dollar.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2010

3.6 Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

3.6.1 Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar:

Trotz der vorherrschenden anti-amerikanischen Stimmung, massiver Proteste und sich häufender Angriffe auf Orte die für westliche Interessen stehen, bleibt Pakistan ein wichtiger Verbündeter im „Kampf gegen den Terror“. Mit dem Beitritt zur Internationalen Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen zu Beginn 2009 unterstreicht Pakistan seine Rolle.

3.6.2 Internationale Kriminalität

Beitritt zu Internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar:

Pakistan ist ein wichtiges Zielland des internationalen Frauenschmuggels. Experten schätzen, dass täglich 100 bis 150 Frauen, zum größten Teil aus Myanmar und Bangladesch, illegal nach Pakistan eingeschleust und an Bordellbesitzer verkauft werden. Es wird vermutet, dass allein 200.000 Frauen aus Bangladesch in Pakistan illegal als Prostituierte arbeiten. Die weitgehende Untätigkeit der pakistanischen Behörden wird von Menschenrechtsorganisationen bemängelt.

Pakistan ist darüber hinaus eine zentrale Drehscheibe im internationalen Drogenhandel. Sowohl Cannabis als auch Mohn werden im Land angebaut. Afghanisches Opium wird in Pakistan zu Heroin verarbeitet, bevor es nach Europa oder Nordamerika exportiert wird. Pakistan ist auch ein großer Produzent von Kleinwaffen. Der *Small Arms Survey* nimmt an, dass in Pakistan hergestellte Waffen nicht-staatliche Akteure in Indien sowie Widerstandsgruppen in Kaschmir, im Nahen Osten und in Europa erreichen. Die Nähe zu Afghanistan macht Pakistan zudem auch zu einem wichtigen Durchfuhrland des illegalen Kleinwaffenhandels. Staatliche Kontrollen sind minimal.

3.6.3 Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch 2011
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2011
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

3.6.4 UN-Berichterstattung

Pakistan berichtet im Rahmen des UN-Waffenregisters regelmäßig über Rüstungsimporte. Informationen über Waffenexporte werden jedoch zurückgehalten. Im Rahmen der Berichterstattung über Militärausgaben an die Vereinten Nationen hat Pakistan keine Daten übermittelt.

3.7 Unerlaubte Wiederausfuhr

Die formal existierenden Gesetze zu Waffenexportkontrollen in Pakistan geben theoretisch keinen Grund zur Kritik. Es bestehen Regulierungsmechanismen sowohl für den Export wie auch für den Retransfer von Waffen, die offiziell auch das Potential der illegalen Weiterverbreitung mitberücksichtigen. Für den Export werden authentifizierte Endverbraucher-Zertifikate verlangt und im Falle eines Retransfers von Waffen, muss der ursprünglich exportierende Staat benachrichtigt werden.

Dennoch war Pakistan in der Vergangenheit in den Fokus des Interesses gerückt, nachdem bekannt wurde, dass der führende pakistanische Nuklearforscher und „Vater der pakistanischen (islamischen) Bombe“ Abdul Qadeer Khan Kopf eines internationalen Netzwerkes war, das illegal Technologien, Atomwaffenfähiges Material und Know-how an Staaten wie Iran, Libyen und Nordkorea weitergegeben hat. Khan, pakistanischer Nationalheld und ein enger Vertrauter und Berater in nuklearen Fragen des früheren Präsidenten Musharraf, wurde daraufhin auf Druck der Vereinigten Staaten von diesem entlassen. Nach einer öffentlichen Bitte um Verzeihung begnadigte Musharraf Khan, wobei bis heute nicht gänzlich geklärt werden konnte, in wie weit die damalige pakistanische Regierung in den brisanten Wissenstransfer verstrickt war.

3.8 Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (April 2011):

Nach einer vorübergehenden Phase wirtschaftlicher Erholung hat sich die fragile makroökonomische Lage u.a. durch die Auswirkungen der verheerenden Flutkatastrophe vom Sommer 2010 wieder verschlechtert. Erhebliche Teile der landwirtschaftlichen Nutzflächen (v.a. Baumwolle, Reis und Zuckerrohr) konnten - hauptsächlich in den Provinzen Sindh und Punjab - landesweit für mindestens zwei Ernten nicht genutzt werden. Die zurückkehrenden Familien fanden häufig zerfallene oder stark beschädigte Häuser (ca. 1,7 Mio. insgesamt) und zerstörte Infrastruktur (Schulen, Krankenhäuser, Brücken, Straßen, kontaminiertes Trinkwasser) vor. Der Gesamtschaden wird auf 9,7 Mrd. US-Dollar geschätzt. Darüber hinaus ist auch die für Pakistan wichtige Textil- und Lederindustrie betroffen, die zudem noch unter der anhaltenden Energiekrise zu leiden hat. Die pakistanische Zentralbank prognostiziert daher für das laufende pakistanische Haushaltsjahr (1. Juli 2010 – 30. Juni 2011) nur ein zaghaftes Wachstum von 2-3%, die Inflationsrate ist auf über 15% gestiegen, das Haushaltsdefizit liegt über 6% des BIP. Ohne Reformen droht Pakistan ein weiteres Ansteigen des Haushaltsdefizits und der Inflationsrate. Eine positive Entwicklung ist der deutliche Anstieg von Rücküberweisungen von im Ausland arbeitenden Pakistanern (remittances) in den letzten Jahren.

Ausgaben für den Wiederaufbau sowie anhaltend hohe Militärausgaben im Zuge von Militäroperationen gegen die Taliban werden die öffentlichen Haushalte stark belasten und den Raum für dringend notwendige Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur weiter einschränken. Pakistan wird seine Staatseinnahmen deutlich erhöhen müssen, mit 9 % des BIP hat es eine der niedrigsten Steuerquoten der Welt.

Die Landwirtschaft Pakistans ist mit einem Beitrag von rund 22% zum Bruttoinlandsprodukt immer noch in vielerlei Hinsicht der wichtigste Sektor der pakistanischen Volkswirtschaft. Über 45% der arbeitenden Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt; insgesamt 60% der ländlichen Bevölkerung hängen direkt oder indirekt vom landwirtschaftlichen Sektor ab. Im Punjab verfügt Pakistan über das größte zusammenhängende landwirtschaftliche Bewässerungsgebiet weltweit.

Der Industriesektor trägt zu etwa 25% des Bruttoinlandsprodukts bei. Der bei weitem wichtigste Exportsektor ist die Textilbranche, die über 50% aller pakistanischen Exporte ausmacht. Der Dienstleistungsbereich hat sich zu einem wichtigen Wachstumssektor entwickelt, er trägt inzwischen zu ca. 50% des Bruttoinlandsproduktes bei. Wichtigste Bereiche sind hier v.a. Banken, Versicherungen, Transportwesen und Kommunikation.

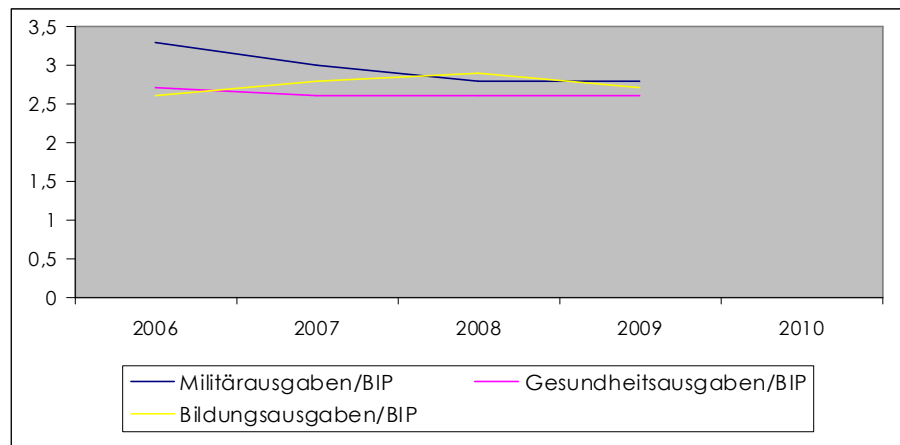
Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Pakistan/Wirtschaft_node.html

Tabelle 8: Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

	2006	2007	2008	2009	2010
Militärausgaben (absolut)	5160	5182	4888	5039	5160
Militärausgaben/BIP	3,3	3	2,8	2,8	-
Gesundheitsausgaben/BIP	2,7	2,6	2,6	2,6	-
Bildungsausgaben/BIP	2,6	2,8	2,9	2,7	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2009).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5: Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

Quellen:

SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); WHO, World Health Statistics 2009 (Gesundheitsausgaben), World Development Indicators

Tabelle 9: Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2006	2007	2008	2009	2010
Auslandsverschuldung	33945	39501	48665	53710	-
Anteil am BIP (in Prozent)	28,3	28,6	29,6	33,1	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	1149	980	918	1331	-
Net ODA (% of GNI)**	1,6	1,5	0,9	1,7	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2009) (Auslandsverschuldung), ODA in Mio. US\$ in aktuellen Preisen.
Quelle: Weltbank, World Development Indicators**, OECD*

Tabelle 10: Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2006	2007	2008	2009	2010
Militarisierungswert	660	653	640	646	645
Index-Platzierung	62	63	64	61	56

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2012.

<http://www.bicc.de/our-work/gmi.html>

Tabelle 11: Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2006	2007	2008	2009	2010
Afghanistan	Militarisierungswert	475	470	467	557	576
	Index-Platzierung	137	137	135	101	86
China	Militarisierungswert	622	614	596	591	578
	Index-Platzierung	73	79	82	82	83
Indien	Militarisierungswert	617	606	606	611	600
	Index-Platzierung	78	84	79	74	75
Iran	Militarisierungswert	759	736	705	709	704
	Index-Platzierung	21	24	32	31	32

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2012.
<http://www.bicc.de/our-work/gmi.html>

Tabelle 12: Human Development Index (HDI)

	2007	2008	2009	2010	2011
HDI-Wert	0.481	0.484	0.487	0.490	0.504

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>
 Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar:

Die Gefahr, dass in Pakistan unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist sehr groß. Obwohl die Militärausgaben in den vergangenen Jahren nicht gestiegen sind und die Stärke der Streitkräfte seit mehreren Jahren konstant geblieben ist, ist der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt insgesamt sehr hoch. Angesichts der großen Entwicklungsdefizite des Landes, die nicht nur den Gesundheits- und Bildungsbereich betreffen, sondern auch die Stellung der Frau, den Zugang zu Arbeitsplätzen, die Infrastruktur und die effektive sowie effiziente Regierungsführung, erscheint der hohe Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben als besondere Bürde. Die große Flut und Überschwemmung im Jahr 2010 hat das Land vor große wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme gestellt, die die gesamte Situation weiter verschärfen wird.